

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Answarts 1 Thlr. 20 Sgr. — Interessenten nehmen an: in Berlin: A. Retzner, Rud. Weisse; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasestein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger



Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreisgerichts-Director Fischer zu Hechingen den Roten Adler-Orden 3. Kl. mit der Schleife und dem Deconomie-Rath Ord. zu Charlottenburg den R. Kronen-Orden 3. Kl. zu verleihen; ferner der Wahl des Oberlehrers Dr. Imhof an der lateinischen Schule in Halle zum Director des Gymnasiums in Brandenburg a. H. die Bestätigung zu ertheilen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

London, 2. April. In der Kohlenzeche Highbrooks bei Wigan (bei Manchester), wo 1866 30 Menschen verunglückten, fand gestern wieder eine Grubenexplosion statt, wodurch 28 Menschen getötet und mehrere verletzt wurden.

Berlin, 2. April. Graf Bismarck ist gestern Abends 7½ Uhr hier wieder eingetroffen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 1. April. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers erklärte der Minister des Innern, daß die Regierung das System der offiziellen Candidaturen nicht aufgeben, daß sie aber gewisse Candidaturen, die sie sonst bekämpft haben würde, nicht bekämpfen werde. Bis zu einer systematischen Neutralität werde sie nicht gehen. (W. T.)

Genf, 1. April. Im Laufe des Tages haben hier Ruhestürmen stattgefunden; fünf Personen wurden verhaftet; die Befreiung derselben wurde versucht, jedoch ohne Erfolg. (W. T.)

St. Petersburg, 1. April. Die offizielle Zeitung veröffentlicht einen kaiserlichen Befehl, durch welchen die zurückgewonnene Urlaubsertheilung auf unbestimmte Zeit an auf der Flotte dienende Mannschaften wieder hergestellt wird. (M. T.)

- Das Verhältnis der Kirche zur Schule. III.

(Schluß.) Auch der Verfasser der drei Artikel befürchtet, daß der Lehrer im Berlehr mit seinen Schülern überhaupt und insbesondere bei dem Unterricht in gewissen Lehrgegenständen selbst wider seinen Willen den Schülern anderer Confession Anstoß geben oder auch sie in der Pietät gegen ihre Religionslehrer oder ihre Eltern und in der Ehrerbietung gegen die Religion selbst erschüttern, und damit den religiösen Sinn in ihnen schwächen, wohl gar ersticken könnte. Wären aber diese Gefahrtheiten wirklich begründet, so wäre damit freilich die absolute Notwendigkeit erwiesen, keinem einzigen Kind den Besuch einer Schule zu gestatten, in welcher es von Lehrern einer anderen Confession unterrichtet werden würde. Doch sie sind nicht begründet, weil sie ganz wesentlich aus einer unrichtigen und verwirrenden Auffassung der Begriffe „Religion“ und „Confession“ hervorgehen. Menschen von gleicher Bildung und Gestaltung, zumal wenn sie einem und demselben Volle angehören, unterscheiden sich niemals durch ihre religiöse Gesinnung, sie können sich nur durch confessionelle Meinungen und mehr noch durch confessionelle Gewohnheiten von einander unterscheiden. Denn das Wesentliche in aller Religion ist, daß sie die Seele der Menschen, je nach dem Maße ihrer Erkenntniß, zu dem Denken und Wollen allgemeiner und sittlicher, ewiger und idealer Zwecke erhebt. Es sind dieselben aus dem Grunde der wahrhaft religiösen Gesinnung erwachsenen Zwecke, welche u. A. uns Deutsche ohne allen Unterschied der Confession zu einem und demselben Volle vereinigen. Die Confession dagegen ist nur die, wesentlich von den Eltern ererbte, darum aber auch mit Ehrerbietung zu beachtende, Meinung von geschichtlichen Thatsachen, von theoretischen Lehrlagen, von frommen Gebräuchen, durch welche wir zwar niemals ausschließlich, auch oft nicht einmal vorzugsweise, aber durch deren Mitwirkung wir doch von Jugend an zu religiöser Gesinnung erzogen worden sind. Darum sollen wir die verschiedenen Confessionen achten und ehren, und wir sollen ihnen nicht bloß die volle Freiheit gewähren, sondern der Staat und die Gemeinde sollen auch Sorge dafür tragen, daß die Kinder in der Confession ihrer Eltern unterrichtet und daß sie nicht durch Zwang oder Überredung derselben entfremdet werden. Aber es ist eben so wahr, daß die Confession das Kleinere, daß sie dasjenige ist, wovon der einzelne Mensch unter Umständen sich sehr wohl los sagen kann, ohne Schaden zu leiden an seiner Seele. Die Religion dagegen ist das ewig Bindende oder doch das ewig binden Sollende, von deren der Mensch sich nur losreihen kann, um dann in lieblosen Selbstsucht sich selbst zu Grunde zu richten. Die Confession ist ein jüdisches, aber nicht absolut notwendiges Band für die Familie, die Religion aber ist das absolut heilige Band, welches die Familien nicht minder, und welches allein die Staaten und die Völker zu einer sittlichen und auch nach Außen hin starken Gemeinschaft zusammenhält. Die Confession kann sogar zu einem schweren Nebel werden, wenn sie sich an die Stelle der Religion setzt, wie sie das in unseren gegenwärtigen Kirchen- und Schulordnungen leider thut. Aber die Religion (das Wort in seiner Wahrheit gefaßt) ist das fleckenlos reine, das ewig unsterbliche Gemeingut des menschlichen Geschlechtes überhaupt.

In jeder Confession gibt es eine falsche und eine wahre Kirche, die wahre Kirche oder die Gemeinschaft der wahrhaft Gläubigen ist die, deren Mitglieder von echter Religiosität erfüllt sind, und die eben darum auch in der Praxis des Lebens niemals von der lieblosen und religionswidrigen Härte eines durch geistige Beschränktheit oder durch sträflichen Hochmuth exklusiv gewordenen Confessionalismus sich leiten lassen.

Ich meine, daß diese wahre Kirche, wenn es ihrer eigenen Kraft, wenn es der gewissenhaften Energie ihrer Mit-

glieder nur gelingt, die Priester und Leviten der falschen Kirche aus ihrer angemaßten Herrschaft zu vertreiben, auch ganz von selbst in das rechte Verhältniß zur Schule, und daß die Schule, wenn sie wohlgeordnet und wohlgeleitet ist, eben so von selbst in das rechte Verhältniß zur Kirche treten wird. Dann, aber auch erst dann, wird auch der trübselige Streit über confessionelle oder confessionslose Schulen von selbst aufhören.

LC. Berlin, 1. April. [Die Wahlen in Ungarn] sind in ganz Europa mit allgemeiner Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die Frage, die Europa dabei beschäftigt hat, ist die: „Wird die neu gewählte Versammlung der Art sein, daß man fürchten muß, sie werde sich zu einer Kriegspolitik von den Habsburgern hinreisen lassen, oder wird sie geeignet sein, der kriegerischen Neigung der Wiener Hofburg einen heilsamen Bügel anzulegen?“ In dieser Beziehung kann man annehmen, daß der Ausfall der Wahlen in Ungarn eine neue Friedensgarantie dem geängstigten Europa bietet. Die Opposition gegen das gegenwärtige Ministerium ist aus den Wahlen stärker hervorgegangen, als sie im vorigen Reichstage gewesen ist und zwar hat sie in vielen Bezirken dadurch gesiegt, daß sie sich auf das Bestimmtste gegen jede nähere Verbindung mit Österreich und besonders gegen jedes Eintreten in die Habsburgische Hauspolitik erklärt hat. Dies ist so sehr die herrschende Stimmung gewesen, daß auch die ministerielle Partei überall erklärt hat, die ungarische Regierung werde nur ungarische Interessen im Auge behalten und sei sehr weit entfernt, das Land Habsburgischer Herrschaft von Neuem zu opfern. Die Wiener Herren empfinden auch die Wahlen schon als eine ernste Warnung, die ihnen ertheilt ist. In Pesth hat sich die Regierung nicht so über die Wahlen geängstigt, wie die in Wien. Die Pesther Regierung hat augenscheinlich nicht daran gedacht, sich nun auf einen Kampf auf Leben und Tod mit der Opposition einzurichten. Sie dachte vielmehr nur daran, wie sie die Gewalt des erhaltenen Stuhles einigermaßen abschwächen könne, und sie sieht das beste Mittel darin, daß sie sich nicht dem Stoß widerstellt, sondern ihm etwas nachgibt. Sie wird also jede besondere Zuverlässigkeit gegen Wien vermeiden, ganz besonders aber in der auswärtigen Politik jede Unterstützung Habsburgischer Herrschaft und Nachsucht entschieden zurückweisen, welche ihr etwa zugemuthet werden könnte. Das ist aber gerade die Politik, welche das friedensbedürftige Europa wünschen muß und deshalb hat es alle Ursache, sich zu dem Ausfall der Wahlen in Ungarn Glück zu wünschen!

ZO. Berlin, 1. April. [Austerlitzk. Hafen auf Romoe. Landwirtschaftliche Kammern.] Wie wir hören, hat die preußische Regierung im Interesse der Förderung der Austerlitz-Bucht den Professor Möbius in Kiel zur weiteren Information über die bisherigen Erfolge der künstlichen Austerlitz-Bucht an der französischen und englischen Küste dort hingefeuert und denselben Besuch etwaiger Verwertung an der ostfriesischen Küste den Bau-Inspector Volle aus Norden beigeordnet. — Die stattgehabten Untersuchungen sollen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Anlage eines Hafens auf der Insel Romoe nicht allein technisch vollkommen ausführbar, sondern voraussichtlich sogar finanziell rentabel sein wird. Wie es heißt, wird sich auch der Norddeutsche Bund für diese Anlage interessiren, da ein eisfreier, für Schiffe jeder Größe zugänglicher Hafen in dortiger Gegend für die norddeutsche Schiffahrt von größter Bedeutung ist. — Wie man uns mittheilt, soll die Bildung einer Grundbesitzer-Partei im raschen Fortschreiten begriffen sein und giebt man sich der Hoffnung hin, daß die Regierung insbesondere die Bildung von landwirtschaftlichen Kammern in gleicher Weise wie die Handels-Kammern fördern werde.

[Die erste Versammlung der Delegirten der nach den Dunker-Hirsch'schen Statuten gegründeten Gewerks- und Ortsvereine] fand bei außerordentlich reger Beteiligung am 2. Feiertage statt. Im Ganzen nahmen an den Berathungen 53 Delegirte Theil, von außerhalb waren Delegirte erschienen aus Burg, Danzig, Bartenstein, Forst, Görlitz, Charlottenburg, Bittau, Neu-Ruppin, Guben, Magdeburg, Leipzig, Spandau, Plauen. In dem einleitenden Vortrage des Dr. Max Hirsch über den gegenwärtigen Stand der Vereine wurde mitgetheilt, daß gegenwärtig die Vereine im Ganzen 18—20,000 Mitglieder haben, wovon auf Berlin allein 4850 kommen. Sodann wurden die Hauptpunkte der Musterstatuten einer nochmaligen Durchberathung unterworfen, dann aber über die Grundzüge einer für den ganzen Verband der Gewerksvereine zu gründenden Invalidenkasse debattirt. Alle Vertreter waren über deren Notwendigkeit und Möglichkeit einig. Die Frage, ob die Mitglieder zum Beitritt gezwungen werden sollten, blieb offen, gleichwohl schien sich die bedeutende Majorität für den Zwang hinzuneigen. In demselben Sinne wurden die Grundzüge einer Krankenkasse festgestellt, jedoch mit der Modification, daß dieselbe nicht eine ganz allgemeine, sondern nur immer einen oder mehrere kleinere und verwandte Gewerksvereine umfassende sein sollte. Am Dienstag traten die hier anwesenden Delegirten wieder zusammen, um über die Gründung eines „Verbandes der Deutschen Gewerks-Vereine“ zu berathen. Der von Dr. Max Hirsch vorgelegte Entwurf eines Statuts wurde mit unwesentlichen Modificationen angenommen. — Zur Redigirung des Statuts wurde sodann eine Commission aus 12 Mitgliedern erwählt und beschlossen, daß sämtliche Ortsvereine resp. Gewerksvereine sich bis Pfingsten über die Vorlage entscheiden sollen.

[Die Abschaffung des Schulgeldes in der Volksschule.] Der Magistrat erwidert der Stadtverordneten-Versammlung auf den Beschuß vom 4. d. M., daß er damit einverstanden ist, die Frage, ob es angemessen wäre, die Schulgelder in den Elementarschulen vom 3. 1870 ab ganz abzuschaffen, in gemischter Deputation in Erwägung

nehmern zu lassen. Er erucht demnach die Stadtverordneten-Versammlung, Mitglieder aus deren Mitte zu dieser Deputation gefälligst zu ernennen und ihm namhaft zu machen.

* [Beidler über die Freiconservativen.] Das Organ des Hrn. Geh.-Rath Wagener zieht wieder in jeder Nummer über die Nationalliberalen her, welche in den Steuerfragen nicht die verlangte unbedingte Geschmeidigkeit zu zeigen scheinen. Beidler geht sogar so weit anzunehmen, daß auch die Freiconservativen nicht gesätig genug sein werden und er kanzelt sie daher schon vorher ab und droht ihnen mit Entziehung der Gunst der conservativen Wähler. „Wir glauben, sagt er, daß die anscheinende Gemeinschaft (der Freiconservativen und Nationalliberalen) aus einer gewissen parlamentarischen Eitelkeit viel mehr, als aus irgend einer Uebereinstimmung in prinzipiellen Anschauungen entsteht und eben deshalb irgend eine ernste Probe nicht bestehen würde. Weiter aber sind wir der Ueberzeugung, daß wenn es selbst im Reichstage eine sogen. conservative Coterie über sich gewinnen könnte, nationalliberale statt Bismarcksche Politik zu unterstützen, dieselbe bald die Erfahrung machen würde, daß die gesammte conservative Partei im Lande, und insbesondere ihre Wähler, solchen Experimenten zu folgen nicht die mindeste Neigung haben. Man macht sich überhaupt Illusionen über die Bedeutung und Stellung der freiconservativen Partei, wenn man glaubt, daß die Rutsch-Partei auf der schiefen Ebene (!), zu welcher einzelne der augenblicklichen Führer derselben sich unter dem Beifalls-Klatschen nationalliberaler Organe bereit finden lassen, auf irgend eine Zustimmung in weiteren conservativen Kreisen zu rechnen habe. Wir glauben in dieser Beziehung die Stimmung in denjenigen Bezirken, in denen die betr. Abgeordneten gewählt sind, gut genug zu kennen, als daß wir an eine Solidarität der conservativen Wähler mit nationalliberalen Gefüßen glauben sollten. In allen diesen Dingen spielt die parlamentarische Eitelkeit eine größere Rolle als das politische Verständnis.“ Ob sich die Freiconservativen durch den Bonn Wageners schrecken lassen werden?

Posen, 1. April. [Die „Neue Posener Zeitung“] (conservatives Blatt), hat nach vierteljährigem Bestehen mit dem heutigen Tage zu erscheinen aufgehört.

Kiel, 1. April. [Marine.] Laut eingegangen Nachrichten ist S. M. S. „Victoria“ am 19. Febr. cr. von Curacao in See und am 21. desselben Monats auf der Rode von Capo Lavora zu Anter gegangen, verließ am folgenden Morgen dieselbe, befand sich am 4. März in Port Royal (Jamaica) und beobachtigte von dort aus nach Havanna zu gehen. S. M. S. „Niobe“ verließ am 3. März cr. die Prince Rupert's Bay und anferte am 5. auf der Rode von St. Thomas, ging am 8. von dort wieder in See und kam am 9. März cr. in San Juan (Portorico) an.

Oesterreich. Prag, 30. März. [Das medicinische Doctoren-Collegium] hat beschlossen, zu erklären, daß der academische Senat mit dem Beschuß der Absendung einer Adresse an den Papst seine Competenz überschritten habe. Die ungezeitgemäße Absendung habe zu unterbleiben. Dasselbe protestirt ferner gegen die Absendung eines Ablegaten zum deuvenischen Concil.

England. London, 31. März. [Über den Strike in den Baumwollspinnereien von Preston] ist nichts Günstiges zu melden. Auf beiden Seiten herrscht noch immer dieselbe Entscheidlichkeit. Der Secretair des Spinnengewerbevereins wird heute ein Rundschreiben veröffentlichen, in welchem eine Schilderung der Situation, ein Protest gegen die Lohnkürzung und ein Aufruf zum Aufhalten gegen eine solche enthalten sein wird. Am schlimmsten sind die Aufseher daran, deren Lohn sich nach der Zahl der unter ihnen stehenden Arbeiter richtet, und die kleinen Gewerbeverein unter sich haben. Einige derselben waren jeden Tag auf ihren Posten und erhielten hier die ganze Woche nur 1s 8d, oder ungefähr den dreißigsten Theil ihres gewöhnlichen Lohnes.

Frankreich. Paris, 31. März. [Gesetzgebender Körper.] Der Deputirte Kolb-Bernard verlangt zu wissen, ob die mit der Prüfung der zwischen Frankreich und Belgien schwelbenden Fragen betraute Commission die Aufgabe habe, den gegenwärtig zwischen beiden Ländern bestehenden Handelsvertrag durch einen neuen zu ersetzen und die Tarife einer Reform zu unterwerfen. Die Einführung der Commission habe im Norddepartement Aufregung hervorgerufen. Staatsminister Rouher erwideret, daß die Commission keinerlei Programm erhalten habe. Eine Modification der Tarife werde in Zukunft ohne vorherige gründliche Untersuchung, an welcher die Handelskammern Theil zu nehmen hätten, und ohne Anhörung der interessirten Parteien nicht stattfinden. (W. T.)

— 31. März. [Der „Moniteur“], sagt: Die Regierung habe beschlossen, überall, wo sich die Gelegenheit darbietet, im friedlichen Sinne zu handeln und die äußerste Umlauf gegen Deutschland zu beobachten. Die offiziösen Blätter erhielten Anweisung, die Provocationen gegen Preußen zu unterlassen und die Angriffe der offiziösen Berliner Blätter nicht zu berücksichtigen. (H. R.)

Wie „Figaro“ erfährt, würde die Kaiserin in der ersten Hälfte des April eine Reise nach Belgien antreten. Dieselbe dürfte außer Laeken noch Löwen, Brügge und Mechelen besuchen und von dem kaiserlichen Prinzen begleitet sein. Die Kaiserin würde während der Reise das strengste Incognito bewahren. — Die „Patrie“ sagt, daß die Gesellschaft der großen belgischen Centralbahnen sich geweigert habe, auf den von einer preußischen Gesellschaft gestellten Exploitirungs-Antrag einzugehen; das Blatt glaubt, daß die belgische Gesellschaft entschlossen sei, bei ihrer Weigerung zu beharren.

— 31. März. [Verschiedenes.] Prim und Serrano haben sich beide im Geheimen nach Lissabon begeben, um Dom Fernando zuzureden. Man glaubt noch immer, die Cortes werden auf alle Fälle Dom Fernando zum Könige auszuufen. — Der Marquis de Caix, Gemahl der Patti, wurde gestern von der Kaiserin empfangen, um derselben über die Triumphe seiner Gemahlin in Peters-

